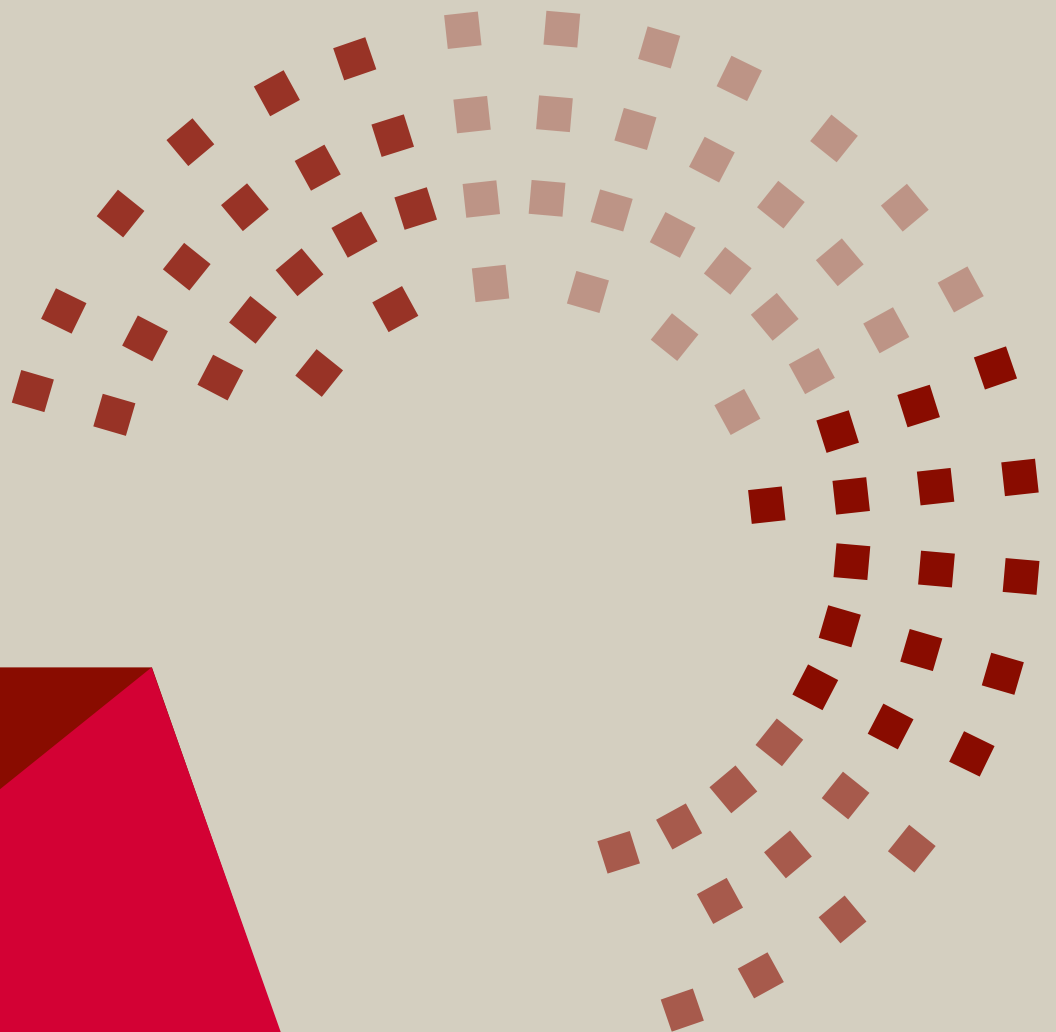


Bundesarbeits-
gemeinschaft der
Seniorenorganisationen



bagso

Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2021





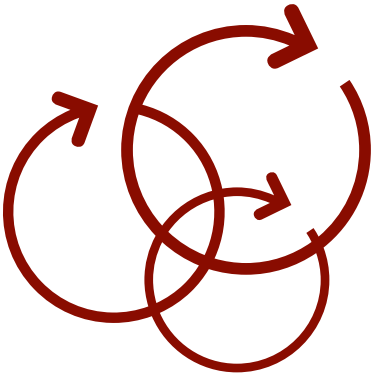
Einleitung

Als BAGSO – Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen vertreten wir die Interessen der älteren Generationen in Deutschland. Wir setzen uns für ein aktives, selbstbestimmtes und gesundes Älterwerden in sozialer Sicherheit ein.

Demografische und gesellschaftliche Entwicklungen verändern die Lebensweisen und -bedingungen in Deutschland tiefgreifend. Das bereits vorhandene regionale Ungleichgewicht wird dadurch weiter verstärkt. Deutschland ist durch Vielfalt gekennzeichnet. Mehr als jede und jeder Fünfte hat eine Zuwanderungsgeschichte. Die fortschreitende Globalisierung und technologische Entwicklungen werden den Wandel zusätzlich beschleunigen. Die Digitalisierung von Arbeit und Alltag, die wachsenden ökologischen und sozialen Herausforderungen, sowie die Attacken, die sich weltweit und auch in Deutschland gegen eine offene Gesellschaft, Multilateralismus und Demokratie richten, betreffen alle Generationen – auch die Älteren und Alten.

Insgesamt ist unser Land leistungsfähig und die Menschen im Land dürfen zuversichtlich sein. Doch die Aufgaben, die in den kommenden Jahren anstehen, sind mehr als Routine. Hinzu kommt, dass der Verlauf und die Konsequenzen der Corona-Pandemie zusätzliche Belastungen mit sich bringen, für alle Generationen. Doch gemeinsam können wir es schaffen. Die Älteren und Alten werden ihren Teil zur Bewältigung der zukünftigen Herausforderung beitragen. Wichtig ist allerdings auch, die richtigen Lehren aus den Pandemie-Erfahrungen zu ziehen.

Die Bundespolitik ist dabei nicht für alles und nicht allein verantwortlich, aber doch von großer Bedeutung. In diesen Wahlprüfsteinen stellt die BAGSO gemeinsam mit ihren Mitgliedsverbänden Fragen an diejenigen im Bundestag vertretenen Parteien, die unser Verständnis von einer solidarischen und vielfältigen Gesellschaft als Grundlage unserer Demokratie teilen, wie es in den Leitsätzen der BAGSO formuliert ist. Wir beschränken uns dabei im Wesentlichen auf Fragen, die die speziellen Interessenlagen älterer Menschen in unserem Land berühren.



1. Stellenwert und Struktur der Seniorenpolitik

Begleitet u.a. von den Altenberichten der Bundesregierung wird seit Langem darüber diskutiert, wie ein gesundes, aktives und engagiertes Älterwerden gefördert und eine selbstständige Lebensführung möglichst lange erhalten werden kann. Notwendig dafür sind eine verbindliche seniorenpolitische Strategie, die Bereitstellung ausreichender Mittel zu ihrer Umsetzung und die langfristige Sicherung wirksamer Strukturen.

1.1 Kommunale Seniorenpolitik stärken

In ihrer Stellungnahme zum Siebten Altenbericht schreibt die Bundesregierung, dass starke, handlungsfähige Kommunen von zentraler Bedeutung sind, um im demografischen Wandel die Politik für ältere Menschen und mit ihnen vor Ort wirkungsvoll weiterzuentwickeln.

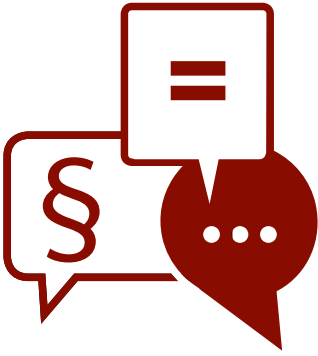
■ Inwieweit wird sich Ihre Partei im Sinne der Empfehlungen des Siebten Altenberichts der Bundesregierung für eine moderne, zukunftsfähige und verlässlich finanzierte Seniorenpolitik einsetzen und wie soll die Handlungsfähigkeit von Kommunen sichergestellt werden?

■ Welche weiteren Maßnahmen sind aus Sicht Ihrer Partei geboten, um die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen Landesteilen gerade mit Blick auf ältere Menschen sicherzustellen?

1.2 Seniorenorganisationen fördern

Die Seniorenarbeit wird in Deutschland im Wesentlichen von Verbänden, Vereinen, Initiativen, Einrichtungen und ihren überörtlichen Zusammenschlüssen getragen. Sie sind die Basis für das freiwillige Engagement von Millionen älterer Menschen.

■ Wie werden Sie sicherstellen, dass die für die Seniorenpolitik zur Verfügung stehenden Mittel für die originären Ziele des Bundesaltenplans, insbesondere für die seniorenpolitische Verbands- und Organisationsförderung, verwendet werden?



2. Rechte älterer Menschen

Die meisten älteren Menschen leben selbstständig und bringen ihre Kompetenzen in unterschiedlicher Art und Weise in die Gesellschaft ein. Die BAGSO wendet sich gegen die Vorstellung, man könne bestimmte Aufgaben nur bis zu einem gewissen Alter übernehmen. Es gibt aber auch Lebensphasen, meist am Ende des Lebens, in denen Menschen stärker auf Hilfe und Unterstützung anderer angewiesen sind. Vor allem für dieses verletzbare Alter braucht es einen angemessenen rechtlichen Schutz.

2.1 Schutz vor Altersdiskriminierung verbessern

„Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich“, heißt es in Artikel 3 Absatz 1 des Grundgesetzes (GG). Um die Gleichberechtigung zu gewährleisten, sieht dieser Artikel den besonderen Schutz für bestimmte Personengruppen vor, nicht jedoch aufgrund des Lebensalters. Auch das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz verhindert bislang nicht Benachteiligungen, die an Altersgrenzen festgemacht sind.

- Wie stehen Sie zu einer Aufnahme des Merkmals „Lebensalter“ in Artikel 3 Absatz 3 Satz 1 des Grundgesetzes und zu einer Erweiterung des Schutzes vor Altersdiskriminierung im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) für den Bereich von Privatgeschäften (z.B. Kfz-Versicherungen, Darlehensvergabe)?

2.2 Mitsprache in der stationären Pflege sicherstellen

In der Corona-Pandemie wurden speziell im Bereich stationärer Wohnformen Grundrechte teilweise in unzulässiger Weise eingeschränkt. Eine Mitsprache der Betroffenen war nur in Ausnahmefällen gewünscht.

- Wie können und sollen solche Rechtsverletzungen künftig verhindert werden und wie kann, auch in Krisenzeiten, Mitbestimmung der Betroffenen sichergestellt werden?

2.3 Schutz vor Gewalt verbessern

Gewalt in Pflegebeziehungen ist ein tabuisiertes und wenig erforschtes Thema. Fachleute fordern daher neben Beratungs- und Entlastungsangeboten auch präventive Interventionsmöglichkeiten von Behörden und Gerichten.

- Was plant Ihre Partei zum Schutz von Menschen in verletzlichen Lebenssituationen?

2.4 Rechte älterer Menschen in der EU stärken

Um die Rechte älterer Menschen zu stärken, hat die Europäische Union im Herbst 2020 die Ratschlussfolgerungen „Menschenrechte, Teilhabe und Wohlergehen älterer Menschen im Zeitalter der Digitalisierung“ verabschiedet.

- Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um die EU-Ratschlussfolgerungen umzusetzen?

2.5 Sich für eine UN-Altenrechtskonvention stark machen

Weltweit gibt es erhebliche Rechtslücken beim Schutz Älterer. In vielen Ländern mangelt es an sozialer Sicherheit für ältere Menschen, an der Versorgung Pflegebedürftiger und am Schutz alter Menschen vor Gewalt und Missbrauch.

- Unterstützt Ihre Partei die Forderung nach einer UN-Altenrechtskonvention und wie setzt sie sich darüber hinaus dafür ein, die Menschenrechte Älterer weltweit zu stärken?



3. Alterssicherung

Auch im Fall des Ausbaus und der Weiterentwicklung der betrieblichen und privaten Altersvorsorge müssen sich die Rentnerinnen und Rentner auf die umlagefinanzierte gesetzliche Rentenversicherung (GRV) verlassen können. Deshalb kommt aus Sicht der BAGSO der Stabilität und Sicherung der GRV auch für die künftigen Generationen eine wachsende Bedeutung zu.

3.1 Altersarmut bekämpfen

Über die persönliche Rentenhöhe entscheidet die Lebens- und Berufsbiografie. Unterbrochene Erwerbsbiografien, Teilzeitarbeit, häufig bedingt durch unbezahlte Sorgearbeit, Tätigkeiten auf Minijob-Basis sowie niedrige Löhne führen – neben einem sinkenden Rentenniveau – zu niedrigen Renten.

- Welche Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, um Altersarmut zu bekämpfen?
- Wie können flexiblere Lebensarbeitszeitmodelle entstehen, ohne das soziale Ungleichgewicht in der Alterssicherung zu vergrößern?

3.2 Einnahmesituation der Gesetzlichen Rentenversicherung verbessern

Die Alterung der Gesellschaft führt dazu, dass die Zahl der Rentenbezieherinnen und -bezieher in den kommenden Jahren weiter steigt und damit auch die Ausgaben der Gesetzlichen Rentenversicherung.

- Mit welchen konkreten Maßnahmen will Ihre Partei die Einnahmesituation der gesetzlichen Rentenversicherung verbessern?
- Welchen Standpunkt vertritt Ihre Partei hinsichtlich einer Anhebung des Renteneintrittsalters?

3.3 Betriebliche und private Altersvorsorge stärken

Die mit der Rentenreform verbundene Absicht der Stärkung der betrieblichen und privaten Altersvorsorge ist nach wie vor unbefriedigend und bedarf neuer politischer Impulse.

- Wie steht Ihre Partei zur Einführung einer staatlich geförderten und öffentlich-rechtlich organisierten zusätzlichen privaten Altersvorsorge?

3.4 Doppelbesteuerung vermeiden

Derzeit wird darüber diskutiert, inwieweit der Übergang zur nachgelagerten Besteuerung von Alterseinkünften zu einer unzulässigen Doppelbesteuerung führt.

- Wird sich Ihre Partei, beispielsweise durch eine Umkehr der Beweislast, dafür einsetzen, dass eine Doppelbesteuerung von Alterseinkünften vermieden wird?

3.5 Direktversicherte entlasten

Auf der Grundlage des Gesundheitsmodernisierungsgesetzes von 2004 werden Renten aus Direktversicherungen derzeit – von kleineren Freibeträgen abgesehen – mit dem vollen Beitrag für die Kranken- und Pflegeversicherung belastet.

- Welche alternative Lösung bietet Ihre Partei, um die Beitragsbelastung für die Kranken- und Pflegeversicherung aus den Einkünften von Direktversicherungen zu senken?



4. Freiwilliges Engagement und Partizipation

Das freiwillige und ehrenamtliche Engagement älterer Menschen ist für die Gesellschaft unverzichtbar. Mit der Übernahme von Verantwortung tragen die älteren Generationen aktiv zu einem guten Leben in der Stadt und auf dem Land bei. Aus Sicht der BAGSO bedarf es auch bundespolitischer Maßnahmen, um das Engagement und die Partizipation Älterer zu unterstützen und zu befördern.

4.1 Freiwilliges Engagement Älterer fördern

Ältere Menschen wollen sich engagieren und am gesellschaftlichen Leben teilhaben.

- Welche bundespolitischen Maßnahmen wird Ihre Partei umsetzen, um das freiwillige Engagement und die Partizipation Älterer gezielt zu fördern und „krisenfest“ zu machen?

4.2 Flächendeckend hauptamtliche Anlaufstellen schaffen

Eine Engagement unterstützende Infrastruktur muss über hauptamtlich besetzte Anlaufstellen nachhaltig aufgebaut und gesichert werden – flächendeckend, wohnortnah und verlässlich.

- Welche bundespolitischen Maßnahmen plant Ihre Partei, um entsprechende Strukturen zu befördern?

4.3 Teilhabe für alle ermöglichen

Gesellschaftliche Teilhabe muss auch Älteren ermöglicht werden, die aufgrund von Armut, gesundheitlichen Einschränkungen, Migrationserfahrung oder sozialer Isolation benachteiligt sind.

- Wie wollen Sie Menschen in benachteiligten Lebenslagen Zugang zu Engagement und Partizipation ermöglichen?

4.4 Generationenübergreifendes Engagement fördern

Die BAGSO bestärkt Menschen aller Generationen darin, sich zu engagieren und sich am Austausch der Generationen zu beteiligen.

- Was plant Ihre Partei, um den Dialog der Generationen und das generationsübergreifende Engagement bundesweit zu befördern?

4.5 Angebote für lebenslanges Lernen ausbauen

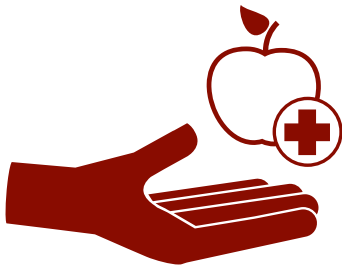
Bildung und lebenslanges Lernen sind die wichtigsten Türöffner und Begleiter für Engagement und gesellschaftliche Teilhabe.

- Wie wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, zeitgemäße Bildungsangebote für ältere Menschen bundesweit auszubauen und die politische Bildung für ältere Menschen – auch durch die Bundeszentrale für politische Bildung – zu stärken?

4.6 Politische Mitwirkung von Älteren fördern

Die mit den demografischen Veränderungen verbundenen Herausforderungen werden ohne die Potenziale der Älteren nicht zu bewältigen sein.

- Welche Maßnahmen sind auf bundespolitischer Ebene geplant, um die gesellschaftliche und politische Mitwirkung von Seniorinnen und Senioren zu fördern?



5. Gesundheit

Gesund älter zu werden ist das Ziel aller Menschen. Dazu braucht es neben Maßnahmen der Gesundheitsförderung und Prävention auch einer bedarfsgerechten medizinischen und pflegerischen Versorgung.

5.1 Gesundheitsförderung, Prävention und Rehabilitation stärken

Durch Gesundheitsförderung und Prävention können bestimmte Erkrankungen sowie Pflegebedürftigkeit verhindert oder das Fortschreiten von Erkrankungen verlangsamt werden.

- Welche Maßnahmen planen Sie, um Gesundheitsförderung, Prävention und Rehabilitation speziell für Ältere zu stärken und wie sollen dabei vulnerable Zielgruppen erreicht werden?
- Will Ihre Partei die ambulante und zugehende, mobile Rehabilitation stärken und wenn ja, wie?

5.2 Präventive Hausbesuche bundesweit einführen

Im letzten Koalitionsvertrag wurde die bundesweite Einführung des präventiven Hausbesuches angekündigt, um frühzeitig Pflegebedürftigkeit zu vermeiden.

- Wird Ihre Partei den präventiven Hausbesuch als Angebot für Seniorinnen und Senioren bundesweit einführen und wenn ja, wie wird er ausgestaltet?

5.2 Wohnortnahe Versorgungsstrukturen ausbauen

Voraussetzung für gesundes Älterwerden ist das Vorhandensein von flächendeckenden und wohnortnahen gesundheitsförderlichen, präventiven, kurativen, rehabilitativen und pflegerischen Angeboten.

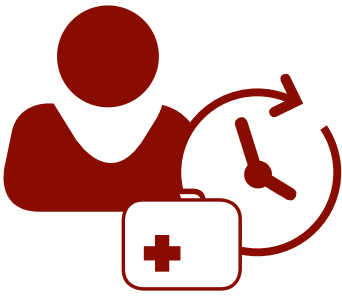
- Welche Maßnahmen plant Ihre Partei zum Ausbau wohnortnaher gesundheitlicher, pflegerischer und palliativer Versorgungsstrukturen für ältere Menschen, insbesondere auch in strukturschwachen ländlichen Gebieten und in benachteiligten Stadtteilen?

- Welche Maßnahmen Ihrer Partei zielen darauf, der steigenden Zahl von Menschen mit demenziellen Erkrankungen bei der gesundheitlichen und pflegerischen Versorgung gerecht zu werden, auch im Krankenhaus?
- Werden Sie sich für eine Delegation und Substitution bestimmter ärztlicher Leistungen an Pflegefachkräfte und die Einführung von Community Health Nurses einsetzen?

5.3 Rolle der Kommunen stärken

Gesundheit wird in erheblichem Maße vor Ort, durch die Lebens-, Arbeits- und Umweltbedingungen sowie die gegebenen Strukturen in den Kommunen, bestimmt.

- Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei, um Kommunen in der Gestaltung gesundheitsförderlicher Verhältnisse zu unterstützen?
- Wie will Ihre Partei sicherstellen, dass Kommunen zukünftig verstärkt bei dem Aufbau zukunftssicherer Versorgungs- und Pflegestrukturen im Rahmen des SGB V und SGB XI mitbestimmen können?



6. Pflege

Die Corona-Pandemie hat die bereits seit Jahren bestehenden Probleme in der Pflege deutlich sichtbar gemacht. Es zeigte sich, dass eine grundlegende Reform der derzeitigen Pflegestrukturen dringend erforderlich ist.

6.1 Pflegeversicherung weiterentwickeln

Eine bedarfsgerechte Personalausstattung, die Flexibilisierung von Pflegeleistungen sowie die Begrenzung der Eigenanteile sind wesentliche Punkte einer notwendigen Pflegereform.

- Was wird Ihre Partei unternehmen, um die Pflegeversicherung weiterzuentwickeln und eine flexible Nutzung von Verhinderungspflege und Kurzzeitpflege zu ermöglichen?
- Welche Maßnahmen werden Sie umsetzen, um den Personalmangel in der ambulanten und stationären Pflege zu beheben?

- Wird Ihre Partei sich für eine Verringerung des von Pflegebedürftigen zu tragenden Eigenanteils einsetzen und wenn ja, wie?

6.2 Situation der ambulanten Pflege verbessern

Die Mehrheit der Pflegebedürftigen wird in der eigenen Häuslichkeit und zu einem Großteil fast ausschließlich von Angehörigen versorgt.

- Durch welche Maßnahmen planen Sie, die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf zu verbessern?
- Unterstützt Ihre Partei die Einführung einer Lohnersatzleistung, also einer Pflegezeit analog zur Elternzeit?
- Viele Betroffene nehmen eine 24-Stunden-Betreuung durch meist osteuropäische Hilfskräfte in Anspruch, für die es aber bislang keine spezielle gesetzliche Regelung gibt. Welche Gesetzesinitiativen planen Sie zur Verbesserung der Situation in der 24-Stunden-Betreuung?

6.3 Mehr Mitspracherechte für Betroffene

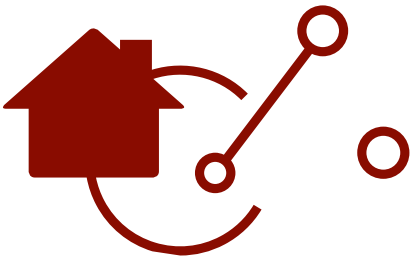
Auf die Gestaltung der Pflege haben Betroffene wenig Einfluss, obwohl sie einen erheblichen Teil der Pflegeleistungen selbst zahlen müssen.

- Mit welchen Maßnahmen wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass Angehörigenvertretungen und Selbsthilfegruppen bei Entscheidungen zur pflegerischen Versorgung mehr Mitspracherechte erhalten?

6.4 Katastrophenschutz und Krisenmanagement verbessern

Gesundheitliche Krisen, aber auch Naturkatastrophen und andere Notlagen können die nationale Gesundheitssicherheit gefährden. Die Corona-Pandemie hat dies eindrücklich gezeigt.

- Wie will Ihre Partei den Katastrophenschutz und vor allem das Krisenmanagement in Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen verbessern?



7. Wohnen und Wohnumfeld

Die große Mehrheit älterer Menschen möchte möglichst lange zu Hause und in der vertrauten Umgebung wohnen bleiben. Um diesen Wunsch Wirklichkeit werden zu lassen, braucht es mehr altengerechte und barrierefreie Wohnungen sowie inklusive Quartiere, eine gut erreichbare Nahversorgung und unterstützende Nachbarschaften.

7.1. Bezahlbares Wohnen fördern

Bezahlbarer Wohnraum ist vor dem Hintergrund der angespannten Lage auf den Wohnungsmärkten nicht ausreichend verfügbar.

- Welche Maßnahmen will Ihre Partei
 - auch in den Bereichen sozialer Wohnungsbau, selbst genutztes Wohneigentum und genossenschaftliches Wohnen
 - umsetzen, um bezahlbares Wohnen, insbesondere auch für ältere Menschen, zu fördern?

7.2 Wohnungen barrierefrei und altersgerecht ausbauen

Nur ein geringer Teil der Wohnungen in Deutschland ist barrierefrei und altersgerecht.

- Werden Sie sich für den Erhalt und Ausbau des KfW-Programms „Altersgerecht umbauen“ sowie für die Verstärkung der Zuschussregelung in einem dem Bedarf angemessenen Umfang einsetzen?
- Werden Sie sich dafür einsetzen, dass es flächendeckend Beratungsangebote zur Wohnungsanpassung gibt?
- In welchem Umfang sollen Rückbaupflichten, die bei Maßnahmen zur Herstellung von Barrierefreiheit entstehen, aufgehoben werden?

7.3 Barrierefreies Wohnumfeld schaffen

Das Wohnumfeld muss so gestaltet sein, dass es im Alter eine selbstständige Lebensführung erleichtert und die Vielfalt der Menschen und ihre Bedürfnisse berücksichtigt.

- Wird Ihre Partei dafür sorgen, dass auch Dienstleister wie Ärztinnen und Ärzte, Apotheken, Banken, Einzelhandel barrierefreie Zugänge schaffen müssen?
- Wird Ihre Partei Hersteller von Haushaltsgeräten gesetzlich verpflichten, ihre Geräte so zu gestalten, dass sie nach dem Zwei-Sinne-Prinzip für alle Personen bedienbar sind?

7.4 Quartiere für alle Generationen schaffen

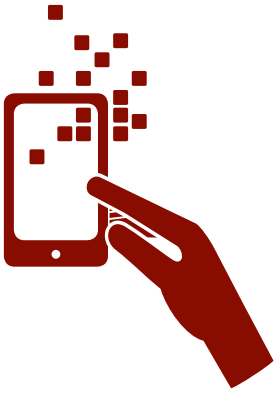
Lebensqualität im Alter hängt in besonderem Maße von den Umständen am Wohnort ab. Hier entscheidet sich, wie eine gute Versorgung und soziale Teilhabe realisiert wird.

- Welche gesetzlichen Maßnahmen werden Sie auf Bundesebene ergreifen, um die Kommunen flächendeckend in die Lage zu versetzen, lebenswerte, die Vielfalt der Gesellschaft berücksichtigende Quartiere für alle Generationen und tragfähige Unterstützungsstrukturen von älteren und für ältere Menschen zu befördern?

7.5 Mobilität sicherstellen

Mobilität ist eine entscheidende Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe.

- Wie wird Ihre Partei eine bezahlbare, barrierefrei zugängliche Mobilität sicherstellen, insbesondere auch in dünn besiedelten Regionen und strukturschwachen Gebieten?



8. Digitalisierung

Unter dem Einfluss der Digitalisierung verändern sich die Rahmenbedingungen für das Leben und die gesellschaftliche Teilhabe Älterer. Der größte Teil derer, die noch nicht über Kompetenzen zur Nutzung digitaler Angebote und Anforderungen verfügen, ist älter als 60 Jahre. Damit niemand zurückbleibt, muss dem Erwerb dieser Kompetenzen das größte Augenmerk gelten.

8.1 Internet als Teil der Daseinsvorsorge anerkennen

Die Sachverständigenkommission des Achten Altersberichts der Bundesregierung bezeichnet das Internet zu Recht als Basisinfrastruktur.

- Setzt sich Ihre Partei dafür ein, dass die digitale Grundversorgung mit Netzausbau, WLAN im öffentlichen Raum und einer Verankerung von sozialrechtlichen digitalen Hilfen im SGB XII Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge in ganz Deutschland wird und wie wird das umgesetzt?

8.2 Analoge Zugangsmöglichkeiten erhalten

In ihrer Stellungnahme zum Achten Altersbericht fordert die BAGSO die Bundesregierung auf, verbindliche Rahmenbedingungen zum Ausbau digitaler Unterstützungsstrukturen zu schaffen. Digitale Kompetenzen sind mittlerweile häufig auch Voraussetzung für die Kommunikation mit der öffentlichen Verwaltung.

- Wie werden Sie sicherstellen, dass für Personen, die keinen Zugang zu digitaler Kommunikation haben, analoge Zugangsmöglichkeiten erhalten bleiben?

8.3 Digitale Teilhabe sozial gerechter gestalten

Unter den neun Millionen älteren „Offlinern“ sind Hochaltrige, Frauen, Alleinlebende, Personen mit geringem Einkommen, mit geringer formaler Bildung und mit Migrationshintergrund überproportional vertreten.

- Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um die digitale Teilhabe sozial gerechter zu gestalten?
- Wie werden Sie sicherstellen, dass die Bewohnerinnen und Bewohner von Alten- und Pflegeheimen Zugang zu WLAN erhalten?

8.4 Barrierefreie Teilhabe ermöglichen

Barrierefreiheit bedeutet, dass alle Menschen digitale Angebote nutzen können, unabhängig von ihren körperlichen und geistigen Fähigkeiten. Ohne sie kann eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für Menschen mit Behinderung nicht gewährleistet werden.

- Welche Schritte plant Ihre Partei, um den seit 2019 geltenden European Accessibility Act voranzubringen, in nationales Recht umzusetzen und somit Menschen mit Behinderung eine gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen?

8.5 Datenschutz und Datensicherheit verbessern

Der Achte Altersbericht erläutert die ethische Ambivalenz des Einsatzes digitaler Technik. Es müssen dringend Anstrengungen unternommen werden, die Risiken für Verbraucherinnen und Verbraucher im Zusammenhang mit Datenschutz und Datensicherheit zu minimieren.

- Wann und wie will Ihre Partei den Verbraucherschutz verbessern und die europäischen und deutschen Datenschutzregelungen umsetzen?

Herausgeber

BAGSO
Bundesarbeitsgemeinschaft
der Seniorenorganisationen e.V.

Noeggerathstr. 49
53111 Bonn
Telefon 0228 / 24 99 93-0
Fax 0228 / 24 99 93-20
kontakt@bagso.de

www.bagso.de
facebook.com/bagso.de
twitter.com/bagso_de